

# SPD – Stadtratsfraktion Schwabach

SPD-Stadtratsfraktion · Adalbert-Stifter-Weg 6 · 91126 SC

An Herrn OB  
Matthias Thürauf  
Königsplatz  
91126 Schwabach

Schwabach, den 15.07.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Thürauf,  
die SPD-Fraktion stellt folgenden

## Antrag

Die Stadt Schwabach übernimmt für Menschen mit geringem Einkommen die Kosten für Verhütungsmittel. Zunächst soll hierfür ein jährlicher Betrag i.H. von € 4.000,- in den Haushalt eingestellt werden.

### **Begründung:**

Die Möglichkeit zur Empfängnisverhütung hängt vom finanziellen Status ab.

Durch die Gesundheits- und Sozialreform (2004/2005) ist die Möglichkeit der Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen weggefallen. Seit März 2019 haben Versicherte *bis zum Alter von 22 Jahren* Anspruch auf Kostenübernahme von verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln. Danach nicht mehr.

Wer ein geringes Einkommen hat, kann sich zuverlässige und individuell passende Verhütung meist nicht leisten. Hiervon sind insbesondere Frauen

- mit ALG II-Bezügen,
- mit Grundsicherung,
- in Ausbildung oder Studium,

sowie

- Geringverdienerinnen oder Wohngeldempfängerinnen und
- Männer, die wegen ihrer finanziellen Situation Kosten für eine Sterilisation nicht tragen können,

betroffen.

Studien belegen, dass Frauen in prekärer finanzieller Situation zu billigeren und weniger sicheren Verhütungsmitteln wechseln oder sogar ganz auf Verhütung verzichten.

Das Recht auf Familienplanung muss unabhängig von der individuellen finanziellen Situation für alle gelten.



Vorsitzender

Werner Sittauer  
Adalbert-Stifter-Weg 6  
91126 Schwabach  
Tel. (09122) 7 80 55  
E-Mail  
[werner.sittauer@t-online.de](mailto:werner.sittauer@t-online.de)

Stellvertreter

Gerda Braun  
Dr. Gerhard Brunner

Beisitzer

Evi Grau-Karg  
Thomas Mantarlis

Saskia Bergmann

Jürgen Lemke  
Carolin Linner  
Dr. Rezarta Reimann  
Peter Reiß  
Martin Sauer

Internet

[www.spd-schwabach.de](http://www.spd-schwabach.de)



Familienplanung ist zwar ein international anerkanntes Menschenrecht (UN Abschlussdeklaration Art 16) .Eine bundesweite Kostenübernahme von ärztlich verordneten Verhütungsmittel wird seit langem von Sozialverbänden gefordert. Bis es soweit ist haben in unserer Region Kommunen, wie z.B. Nürnberg, Fürth, Erlangen-Höchstadt, Erlangen das Problem erkannt und eigene finanzielle Mittel bereitgestellt.

Der Verwaltungsaufwand zeigt sich bei den entsprechenden Beratungsstellen, bei denen die Vergabe angesiedelt ist, als gering.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Sittauer, Fraktionsvorsitzender

gez. Evi Grau-Karg

Fraktionssprecherin im Bildungs- und  
Kulturausschuss